Mitteilung

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Finanzausschuss	05.12.2013	Kenntnisnahme

Tagesordnungs-Punkt	Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes NRW in Folge der Deutschen Einheit (Einheitslastenabrechnung)
---------------------	--

Mitteilung:

Im Jahr 2007 hatte der Verfassungsgerichtshof NRW aufgrund einer Kommunalverfassungsbeschwerde von 21 Kommunen entschieden, das bis 2005 praktizierte Verfahren zur Beteiligung der Kommunen an den finanziellen Belastungen des Landes NRW in Folge der Deutschen Einheit (Solidarbeitragsgesetz) habe zu einer "signifikanten Überzahlung der Kommunen" in einer Größenordnung von rd. 450 Mio € geführt. Das Land wurde zu einem Ausgleich dieser Überzahlung verpflichtet.

In Folge dessen verabschiedete der Landtag NRW im Jahr 2010 als Nachfolgeregelung das "Einheitslastenabrechnungsgesetz Nordrhein-Westfalen", mit dem ein Verfahren zur Abrechnung der kommunalen Über- und Unterzahlungen eingeführt wurde. Gegen dieses Gesetz wurde von ca. 1/4 aller NRW-Kommunen erneut Verfassungsbeschwerde erhoben. Der Verfassungsgerichtshof NRW erklärte mit Urteil vom 08. Mai 2012 das Gesetz für nichtig, da die neue Regelung aufgrund der Nichtanrechnung der einheitsbedingten Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder von 37% auf 44% mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden unvereinbar sei.

Nunmehr hat die Landesregierung am 16.07.2013 den "Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG)" beschlossen. Mit einer Verabschiedung des Gesetzes wird bis Jahresende gerechnet.

Die Neuregelung führt insgesamt zu rückwirkenden Erstattungen des Landes an die kommunale Ebene in Höhe von landesweit rd. 275 Mio. € (saldiert). Die Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis erhalten im Rahmen der Abrechnung für die Jahre 2009 bis 2011, die noch in 2013 erfolgen soll, insgesamt rd. 3,8 Mio. €. Eine Übersicht hierzu ist als Anhang 1 beigefügt.

Die Abrechnungen erfolgen jeweils um 2 Jahre zeitversetzt, für 2012 somit in 2014, das Jahr 2013 wird in 2015 abgerechnet.

Die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten erfolgt im Wesentlichen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage. Damit sollen die Kommunen zu bundesdurchschnittlich 40% an den einheitsbedingten Belastungen der alten Bundesländer beteiligt werden. Tatsächlich ergibt sich aus der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage jedoch regelmäßig eine höhere kommunale Belastung, die das Land NRW im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs durch

eine pauschale Erhöhung des Verbundsatzes (1,17%) zur Ermittlung der Finanzausgleichsmasse kompensiert. Letztlich führt diese Kompensation zu einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Da die Kreise und Landschaftsverbände keine Vorauszahlung über die erhöhte Gewerbesteuerumlage leisten, jedoch an der pauschalen Kompensation des Landes über die Schlüsselzuweisungen partizipieren, kommt es für sie bei der jährlichen Einheitslastenabrechnung regelmäßig zu Rückzahlungspflichten.

Da aufgrund der anhängigen Verfassungsbeschwerden seit 2009 keine Abrechnungen mehr erfolgt sind, hat der Rhein-Sieg-Kreis für die Jahre 2009 bis 2012 Rückstellungen in Höhe der erwarteten Rückzahlungen gebildet (rd. 2,8 Mio. €). Zudem wurden im gesamten Planungszeitraum des Haushalts 2013/2014 jeweils 790 T€ pro Jahr für diesen Zweck eingestellt. Auch der Landschaftsverband Rheinland hat Vorsorge in Form von Rückstellungen (rd. 14,1 Mio. €) getroffen.

Die sich nach dem ELAGÄndG ergebenden Rückzahlungspflichten der Gemeindeverbände übersteigen das bisher Erwartete jedoch deutlich. Für den Rhein-Sieg-Kreis ergibt sich aus der Abrechnung der Jahre 2009 bis 2011 ein Rückzahlungsbetrag von rd. 4,2 Mio. €, der LVR muss für diesen Zeitraum rd. 32,5 Mio. € nachzahlen.

Der Entwurf des ELAGÄndG räumt den Umlageverbänden die Möglichkeit ein, die nicht durch Rückstellungen gedeckten Rückzahlungsbeträge aus der Abrechnung der Jahre 2009 bis 2011 in Form einer sogenannten Bedarfsumlage in 2013 oder 2014 zusätzlich auf die Umlagepflichtigen umzulegen.

Der LVR beabsichtigt, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und im Jahr 2014 eine Bedarfsumlage in Höhe von 0,1266% der Umlagegrundlagen gemäß § 10a ELAGÄndG (unter Berücksichtigung der Abrechnungsbeträge der umlagezahlenden Kommunen) zur Abdeckung des nicht durch Rückstellungen gedeckten Rückzahlungsbetrags (rd. 18,4 Mio. €) zu erheben. Auf den Rhein-Sieg-Kreis entfällt ein Betrag von rd. 920 T€. Der LVR hat mit Schreiben vom 21.10.2013 das Beteiligungsverfahren (Benehmensherstellung) eingeleitet (Anhang 2). Im Gegenzug zur Erhebung der Bedarfsumlage werden die im Haushaltsplanentwurf des LVR für das Jahr 2014 vorgesehenen Aufwendungen aus der Abrechnung der Einheitslasten der Jahre 2009 - 2011 entplant. Insofern steht der Belastung des Kreishaushalts aus der Bedarfsumlage voraussichtlich eine Entlastung bei der Landschaftsumlage gegenüber.

Der Rhein-Sieg-Kreis hat von einer Stellungnahme im Rahmen des Verfahrens zur Benehmensherstellung abgesehen.

Für den Kreishaushalt ergeben sich -neben der an den LVR zu entrichtenden Bedarfsumlage- aus der Einheitslastenabrechnung nach dem ELAGÄndG in den Jahren 2013 und 2014 folgende Auswirkungen:

	<u>2013:</u>	<u>2014:</u>
Rückzahlung für die Jahre 2009 - 2011	4,2 Mio €	
Abrechnung für das Jahr 2012		1,6 Mio €
Auflösung von Rückstellungen*	- 2,8 Mio €	
<u>Haushaltsansätze 2013/2014</u>	<u>- 0,8 Mio €</u>	<u>- 0,8 Mio €</u>
Haushaltsbelastung RSK	0,6 Mio €	0,8 Mio €

* Die für die Jahre 2009 - 2012 gebildeten Rückstellungen sind im Jahresabschluss 2013 in voller Höhe aufzulösen, da mit dem Ersten Gesetz der Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKFWG) eine Regelung in die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aufgenommen wurde, wonach Erträge und Aufwendungen, die in einem Leistungsbescheid (z.B. Rückforderungsbescheid des Landes) festgesetzt werden, dem Haushaltsjahr zuzuordnen sind, welches dem Erfüllungszeitpunkt entspricht.

Damit wird die Abrechnung des Jahres 2012, die nach der Systematik der Einheitslastenabrechnung in 2014 erfolgt, erst im Haushaltsjahr 2014 aufwandswirksam. Daher ist auch die in der Vergangenheit für die Abrechnung 2012 gebildete Rückstellung bereits in 2013 aufzulösen.

Der Rhein-Sieg-Kreis könnte zur Abdeckung der nicht durch Rückstellungen gedeckten

Belastungen aus der Einheitslastenabrechnung der Jahre 2009 bis 2011 einen Betrag von rd. 2,1 Mio € auf der Basis der Umlagegrundlagen nach dem GFG 2014 unter Berücksichtigung der in Anhang 1 genannten Abrechnungsbeträge nach dem ELAGÄndG auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden umlegen. Dies würde jedoch dazu führen, dass auch die Städte und Gemeinden, die aufgrund der Neuregelung nach dem ELAGÄndG Nachzahlungen zu leisten haben (vgl. Anhang 1), zusätzlich belastet würden.

Im Auftrag

(Udelhoven)

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2013

Anhang 1 - Übersicht Abrechnungsbeträge Städte und Gemeinden im RSK
Anhang 2 - Schreiben des LVR vom 21.10.2013